

Rede



BDI - Tag der Deutschen Industrie 2009

„Echte Werte – die deutsche Industrie“

Montag, 15. Juni 2009

Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.

Redezeit: rd. 20 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1432
F: 030 2028-2432

Internet
www.bdi.eu

Im Namen des BDI begrüße ich Sie alle zum Tag der Deutschen Industrie 2009 und heiße Sie herzlich willkommen. Besonders freue ich mich, dass Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, uns die Ehre geben und zu uns sprechen werden. Mein Dank gilt in gleicher Weise dem Vizekanzler, dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und den Spitzen der Parteien, die wir im Laufe dieses Tages ebenfalls begrüßen dürfen. Unser Film zeigt eindrucksvoll die Erfolgsgeschichte von 60 Jahren sozialer Marktwirtschaft. Hätte er – so wie im Kino üblich – einen Abspann mit den Namen der Verantwortlichen, dann müssten Hunderttausende von Unternehmern, Millionen von Arbeitnehmern und eine große Zahl von Politikern genannt werden.

Wir können das heute nur symbolisch tun. Stellvertretend für die deutsche Industrie porträtieren wir hier im Saal und draußen im Eingang Unternehmerinnen und Unternehmer zusammen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihre Namen haben weltweit einen guten Klang, ob sie nun – wie hier gezeigt - Kirchhoff, Herold, Grillo, Harting oder Wittenstein heißen – ich müsste viele nennen, denn die Namen machen deutlich, dass Unternehmen und ihre Mitarbeiter keine anonyme Masse oder Klasse sind. Unternehmen schaffen echte Werte. Häufig schon seit Generationen. Ihre Namen stehen stellvertretend für den deutschen Mittelstand, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft!

Vielfach sind es Familiennamen, denn 88 Prozent der Industrieunternehmen sind Familienunternehmen! Sie allein stellen 80 Prozent aller Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Namen stehen in gleicher Weise für unsere Großunternehmen, Konzerne von Weltgeltung. Namen, die man rund um den Globus achtet und schätzt. Gemeinsam sind wir nicht von ungefähr immer wieder Exportweltmeister geworden. wir können stolz sein auf unsere Leistung. Und gerade deshalb scheuen wir uns nicht, uns auch zu unserer Verantwortung zu bekennen. Auch zu unserer Verantwortung für Fehler. Wir müssen gemeinsam das verloren gegangene Vertrauen wieder aufbauen, aber nicht pauschal, sondern konkret, nicht durch Reden, sondern durch Handeln, nicht ein Mal, sondern Tag für Tag.

Angesicht in Angesicht mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auf Augenhöhe mit den Menschen, im Bewusstsein unserer Rolle als Vorbilder.

Die Industrie, die Wirtschaft lässt sich nicht auf Kennzahlen reduzieren. Hier im Saal sitzen weit über tausend Unternehmerinnen und Unternehmer, Menschen, die mit harter Arbeit ihre Unternehmen durch diese Krise steuern. Hier sitzen Verantwortliche von und für Unternehmen, die hoffen und bangen, manche, die unverändert stark sind, andere, die auf Hilfe in der Krise rechnen, die aber alle um jeden Arbeitsplatz kämpfen, die ihr eigenes Geld einsetzen und nicht verstehen, warum ihnen Kreditlinien von denen gekündigt werden, die uns in diese Krise geritten haben! Hier sitzen selbständige und angestellte Unternehmer, die jeden Tag Risiken eingehen – was denn sonst? Hier sitzen – wie überall – sicher nicht nur Engel und Musterknaben, aber eines nicht: das öffentlich propagierte Zerrbild des gierigen, selbstsüchtigen Managers!

Das lassen wir uns nicht pauschal nachsagen! Und dafür haben wir die besten Zeugen, die man sich denken kann – unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Vorgesetzten täglich aus der Nähe erleben und vielfach für sie durchs Feuer gehen. Das ist unsere große Volkspartei! Der BDI steht für Sie alle – wir stehen für unsere 36 Mitgliedsverbände, für über 100.000 Unternehmen und mehr als acht Millionen Beschäftigte.

Wir kommen in schweren Zeiten zusammen. Die Krise hat uns nach wie vor voll im Griff. Auch wir haben diese Entwicklung nicht vorhergesehen. Nun müssen wir sie gemeinsam bewältigen. Ein Blick zurück zeigt: Deutschland hat in 60 Jahren Gewaltiges geleistet. 1949 und 1989 waren historische Zäsuren. Wir haben die Währungsreform, den Wiederaufbau, schließlich die Wiedervereinigung geschultert. Dazwischen lagen aber auch immer wieder Jahre, in denen wir es uns zu gut gehen ließen und uns an staatliche Wohltaten gewöhnt haben. 2009 ist wieder eine tiefe Zäsur. Wir müssen die größte Wirtschaftskrise unserer Geschichte durchstehen.

Und das geht nur, wenn wir zu der Form auflaufen, die uns in den entscheidenden Phasen der Vergangenheit ausgezeichnet hat.

Die Geschichte der Finanzmärkte ist auch eine Geschichte ihrer Krisen. In der jüngsten Finanzkrise ist von den Akteuren viel Porzellan zerschlagen worden. Nicht nur im Verhältnis zur Politik, auch im Verhältnis zur Unternehmerschaft. Die deutsche Politik und wir als Unternehmer haben keinen Grund, die Diskussion um die Verursachung der Krise zu scheuen oder mit dem Finger aufeinander zu zeigen. Die Politik hat auch schnell, entschlossen und mutig gehandelt, als es darum ging, die systembedrohende Krise zu entschärfen. Bankenrettung und Konjunkturpakete waren richtige und wichtige Maßnahmen. Dafür gehört Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, und Ihrer Regierung unser aller Respekt und unsere Anerkennung. Ich will aber nicht verhehlen, dass wir einige Entwicklungen mit großer Sorge betrachten. Entwicklungen, die unser gemeinsames Grundverständnis von Staat und Markt in Frage stellen. Denn auch im Wahljahr sollte zählen, worauf es ankommt, nicht das, was ankommt.

Es ist – bei allem Verständnis für den Zorn über Exzesse und Egoismus – die Sorge, dass die Politik beginnt, die Finanzkrise und das Fehlverhalten einzelner auf die Wirtschaft als Ganzes zu projizieren und daraus die falschen Schlüsse zu ziehen. Die Diskussion um die Managerhaftung ist dafür exemplarisch. Hier unterstellt uns die Politik Verhaltensmuster, die sie gerade in der *Causa Opel* selbst praktiziert – kurzfristig, interessengetrieben, riskant, in diesem Fall allerdings mit Haftungsausschluss.

Ich will die Entscheidungen zu Opel an dieser Stelle nicht kritisieren. Die Politik hat sich diesen Fall nicht ausgesucht, und wir beneiden niemanden, der die schwierigen Entscheidungen zu treffen hat. Aber wir beobachten in diesem Zusammenhang vieles mit Unverständnis und bestenfalls mit angehaltenem Atem – in der Hoffnung, dass das in den Nebenrollen mit selbst ernannten Rettern überbesetzte öffentliche Schauspiel zu einem guten Ende kommt.

Wir haben auch Verständnis dafür, dass Vorwahlzeiten ihre eigenen Gesetze haben. Wer keine Mehrheiten gewinnt, kann nicht regieren, kann seinen Überzeugungen keine Geltung verschaffen. Deshalb legen wir auch nicht jedes Wort auf die Goldwaage. Wer aber für den kurzfristigen Stellungsgewinn im Wahlkampf bei den Menschen falsche Hoffnungen weckt, muss wissen, welche Verantwortung er auf sich nimmt! Auch die Wirtschaft muss „Wahlen“ bestehen – tagtäglich. Unsere „Wähler“ sind die Kunden. Und unsere Wahlergebnisse sehen nicht schlecht aus. Das beweisen wir jeden Tag. Weil wir unsere Kunden, unsere Wähler nicht überreden, sondern überzeugen. Wir – Politik und Wirtschaft – werden auch in Zukunft miteinander auskommen müssen. Aber warum denn eigentlich nicht? Haben wir nicht dieselben Ziele? Geht es uns nicht allen um die gemeinsame Anstrengung, unsere soziale Marktwirtschaft zu stärken? Haben wir nicht immer wieder gezeigt, dass uns Gemeinsamkeit stark macht? Ich erinnere nur an ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit: Bis heute ist es uns gelungen, die Verluste an Arbeitsplätzen in Grenzen zu halten – die Regierung durch eine großzügige Regelung der Kurzarbeit, die Unternehmen, indem sie Kündigungen – manchmal gegen jede betriebswirtschaftliche Logik – hinauszögern. Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, dass das Spitzengremium des BDI gestern beschlossen hat, eine Initiative zur Beschäftigung von jungen Ingenieuren und Facharbeiten in der Krise ins Leben zu rufen!

Unsere Gesellschaft erwartet Antworten, jetzt und in voller Verantwortung. Antworten von uns allen! Antworten auf die Frage: Wie schaffen wir es, diese Krise zu überwinden? Das ist unsere gemeinsame Herausforderung: Ihre, Frau Bundeskanzlerin, meine, die der Unternehmer, der Manager und Beschäftigten in Deutschland. Aber die Frage lautet nicht nur: Wie überwinden wir diese Krise? Sondern auch: Wie soll Deutschland, wie soll unsere Wirtschaft nach der Krise aussehen? Lassen Sie mich dazu drei Thesen formulieren:

1. Unser Kompass ist und bleibt die Ordnungspolitik der sozialen Marktwirtschaft.
2. Deutschland ist und bleibt ein starkes Industrieland.
3. Nachhaltiges Wachstum und Werte gehören untrennbar zusammen.

An erster Stelle: Wir bekennen uns zur Ordnungspolitik der sozialen Marktwirtschaft. Die Wirtschaft agiert nicht ohne Ordnung, sondern in der Ordnung. Der Staat setzt und überwacht die Rahmenbedingungen, Unternehmen und Bürger wirtschaften innerhalb dieses Rahmens eigenverantwortlich. Das ist die Rollenverteilung in der sozialen Marktwirtschaft! Wir müssen sie nur richtig wahrnehmen. Wer bei den Gründervätern nachliest, der weiß: „*sozial*“ heißt nicht Umverteilung, sondern verantwortliche Einbindung in unser Gemeinwesen. Das ist die erfolgreiche Basis unseres deutschen Gesellschaftsmodells.

Das Bekenntnis zur Ordnungspolitik ist auch für uns Unternehmer nicht immer einfach. Auch der BDI könnte es sich leicht machen und in der Krise nach Staatsgeld rufen. Wir als Unternehmer und Manager stehen aber zu unserer Verantwortung und dürfen keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass wir das Risiko der unternehmerischen Entscheidung und deren Konsequenzen zu tragen bereit sind. Der Staat muss seine Hilfe auf jene konzentrieren, die durch die Finanzkrise in Not geraten sind – obwohl sie ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell verfolgen, solide geführt sind und keine riskanten Abenteuer gewagt haben. Die Allgemeinheit darf nicht für unternehmerische Fehlentscheidungen zahlen müssen. Ludwig Erhard ist aktuell wie nie. Ich zitiere: „*Eine solche 'Wohltat' muss das Volk immer teuer bezahlen, weil kein Staat seinen Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat.*“ Wir laufen sonst Gefahr, uns sämtlicher künftigen Spielräume zu berauben. Jede Milliarde, die wir jetzt in Einzelfälle pumpen, fehlt uns für die dringend notwendigen Umbauarbeiten am Steuersystem und für Zukunftsaufgaben wie Bildung und Innovation!

Es bedarf nicht erst des rituellen Kassensturzes einer neuen Bundesregierung, um auszurechnen, dass wir mit einer noch nie da gewesenen Neuverschuldung in die neue Legislaturperiode starten. Gleichzeitig werden rückläufige Steuereinnahmen und weiter steigende Ausgaben für Rente, Pflege und Gesundheit prognostiziert. Wie soll das gehen? Woher soll das Geld, woher sollen die politischen Gestaltungsspielräume kommen? Das wird nicht ohne Streit abgehen. Denn wir werden Prioritäten setzen müssen.

So ist es beispielsweise an der Zeit, über wirkliche Reformen unserer Sozialsysteme zu reden, nämlich solche, die Leistungen sichern, den Dirigismus beiseite räumen und so effizient arbeiten, wie die Menschen und Unternehmen, die die Beiträge dafür aufbringen. Aber ohne ein deutliches Wachstum werden wir diese Lasten nicht schultern können – ein neues, ein intelligentes Wachstum wohlgemerkt, das sich an nachhaltigen qualitativen Perspektiven orientiert, an der Verantwortung für unsere Gesellschaft und unsere Umwelt.

Wir dürfen nicht von unserem technologischen Vorsprung zehren. Lassen Sie uns in einer gemeinsamen Innovationsinitiative alles in Bewegung setzen, um für die Zeit nach der Krise zu einem neuen Quantensprung anzusetzen. Lassen Sie uns – Politik und Wirtschaft – gerade in der Krise in Forschung und Entwicklung investieren. Lassen Sie uns die Bremsen lösen für den Einsatz privaten Kapitals, etwa für neue Kraftwerke und intelligente Netze. Lassen Sie uns eine klare Absage erteilen an neue Belastungen, die Brüssel oder Berlin erfinden mögen. Dieses neue, intelligente Wachstum kann nur aus der Wirtschaft kommen! Und wir trauen uns das zu!

Das bringt mich zu meiner zweiten These: Deutschland ist und bleibt ein starkes Industrieland! Industrieland Deutschland, das ist auch Innovation, nachhaltige Entwicklung, Verantwortung für unsere Umwelt. Industrielle Produktion und industrienähe Dienstleistungen bilden zusammen das Herz der deutschen Wirtschaft. Kein anderes Land in Europa hat einen solch starken industriellen Kern wie wir. Nirgends in Europa erleben mehr Menschen den direkten Zusammenhang von persönlichem Wohlstand und industrieller Produktion so intensiv wie bei uns. Weltmarktorientierung muss das Geschäftsmodell Deutschlands bleiben, eine andere Chance haben wir nicht! Wir dürfen diese Märkte auch in einem Wahljahr nicht sich selbst und anderen Nationen überlassen – die Konkurrenz schläft nicht. Wir können uns kein volles Jahr Abstinenz der politisch-wirtschaftlichen Kontaktpflege erlauben, und übrigens: - auch unsere Binnenwirtschaft ist mehr als *Opel* und *Arcandor*.

Ohne offene Auslandsmärkte können wir nicht die Werte schaffen, auf denen unser Wohlstand basiert. Dazu bedarf es auch funktionierender Kapitalmärkte mit klaren Rahmenbedingungen. Die Ergebnisse des G-20 Gipfels müssen in die Tat umgesetzt werden. Mit Sorge betrachten wir das Aufkeimen protektionistischer Tendenzen. „*Buy American*“ kann nicht die Antwort an den führenden Anbieter von „Green Tech“ sein, nämlich die deutsche Industrie! Das macht zu leicht Schule, ob in China oder in anderen großen Auslandsmärkten.

„*Industrieland Deutschland stärken*“ heißt das 10-Punkte-Programm des BDI, das wir heute am „Tag der Deutschen Industrie“ vorlegen. Es ist ein Plädoyer für entschlossenes Handeln im Interesse eines höheren Wirtschaftswachstums für Deutschland nach der Krise. Hierzu, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sichern wir Ihnen gern unsere Bereitschaft für einen konstruktiven Dialog mit der Politik zu.

Meine dritte These heißt: Nachhaltiges Wachstum und Werte gehören untrennbar zusammen. Wir treten ein für eine Ordnung, in der das Erwirtschaften vor dem Verteilen steht. Eine Ordnung, die darauf basiert, dass der Nutzen für den Einzelnen zugleich dem gesellschaftlichen Ganzen dient. Wir haben keine Scheu, uns zu Werten zu bekennen. Die Werte des Anstands gehören genauso zu unserem Wirtschaftsleben wie das Gesetzbuch.

Die Unternehmer in Deutschland orientieren sich an diesen Werten. Nachhaltigkeit behält auch in der Krise ihren Stellenwert. Dazu gehört langfristiges und generationen-übergreifendes Denken. Zumindest den Familienunternehmen ist das nicht fremd.

Voraussetzung ist die Sanierung der Staatsfinanzen. Und das gelingt nur mit der Wirtschaft. Frau Bundeskanzlerin, wir bieten Ihnen unsere Hand – ich sage bewusst unsere Hand, denn es geht nicht um's Reden, sondern um's Tun. Wir bieten Ihnen diese Hand heute, nicht erst, aber gerne auch im Oktober. Lassen Sie uns auch in der Öffentlichkeit deutlich machen, dass wir für gemeinsame Ziele stehen und arbeiten.

Wenn wir die Erfolgsgeschichte unseres Landes fortsetzen wollen, müssen wir alle offensiv für die echten Werte eintreten, die die Wirtschaft zu einem verlässlichen Teil unserer Gesellschaft gemacht haben.

Der Bundespräsident hat nach seiner Wiederwahl gesagt: „*Dieses Land ist stark*“. Dieses Land ist stark, wenn auch die Wirtschaft stark ist. Und das schaffen wir! Wir werden auch in Zukunft diese Wirtschaft stark machen. Lassen Sie uns auf das besinnen, was Deutschland stark gemacht hat, wir haben es eingangs im Film gesehen: Der Fleiß von Millionen und die Verpflichtung auf gemeinsame Werte. Auf die Freiheit, und die geht nur zusammen mit Verantwortung.

Auf den Punkt gebracht: die soziale Marktwirtschaft. Sie war der Garant unseres Erfolges, sie wird auch in Zukunft die Basis für Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland sein. Für dieses Wertesystem trete ich ein. Dafür streitet der BDI. Dafür suchen wir Partner in der Politik. Damit Deutschland stark bleibt.